



# Die Internationale Arbeiterkorrespondenz

Nr. 20, Februar 2024

Internationalistische Sozialistische Gruppe  
deutsche Sektion des Organisationskomitees  
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)  
<https://internationalistische-sozialistische-gruppe.org>

## BSW, ein Bündnis auf dem Terrain der bürgerlichen Parteien und der Rechtsextremen: „wir werden die Mitte der Gesellschaft vertreten“

Am 23. Oktober 2023 hat sich in der Partei »Die Linke« eine Spaltung vollzogen. Zehn Bundestagsabgeordnete der Partei, die – bis auf Wagenknecht – Kräfte mit politischen Wurzeln im Westen sind, sind aus der Partei ausgetreten. Sie gründeten einen Verein, der am 8. Januar 2024 schließlich zur Partei »Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit« (BSW) wurde. Ziel dieser Partei ist zunächst, bei der Wahl zum »Parlament« der EU zu kandidieren. Die Teilnahme an den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September ist derzeit nicht abschließend geklärt.

Im »Gründungsmanifest« von BSW gibt es keine Klassenposition der Arbeiterklasse. Es gibt nur die Unterschiede zwischen den »Fleißigen« und den »oberen Zehntausend«. Es handelt sich nicht einmal um eine zentristische Gruppierung, die hier aufgebaut werden soll. Sie nimmt keinerlei Bezug auf die Arbeiterklasse, geschweige denn auf den Sozialismus. Die einzige gesellschaftliche Schicht, auf die Bezug genommen wird, ist das Kleinbürgertum. Es gibt „*Millionen Menschen (die hart) arbeiten.*“ Für die fordert Wagenknecht am 23. Oktober eine „*faire Leistungsgesellschaft mit starkem Mittelstand*“. Für BSW leiden der „*erfolgreiche, innovative Mittelstand*“ und die »Marktwirtschaft«: „*Es sind marktbeherrschende Großunternehmen, übermächtige Finanzkonzerne wie BlackRock und übergriffige Digitalmonopolisten ... die allen anderen Marktteilnehmern ihren Tribut auferlegen, Wettbewerb untergraben und die Demokratie zerstören.*“ Dagegen verteidigen die Kräfte um BSW den „*starken Mittelstand*“.

Im »Gründungsmanifest«, das seit Oktober immer wieder variiert wird, bis hin zum Europawahlprogramm, erklärt BSW, „*wir wollen den Zerfall des ge-*

*sellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit. Eine hochproduktive Wirtschaft braucht qualifizierte und motivierte Beschäftigte. Die Voraussetzung dafür sind leistungsgerechte Löhne, sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen.*“

Das ist nicht neu: Das »Gemeinwohl« setzt das System des Privateigentums an den Produktionsmitteln und seine Ausbeutung der Arbeitskraft voraus. Innerhalb dieses unantastbaren Rahmens, den BSW ideologisch versucht zu säubern von den tatsächlich existierenden Klassengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit, setzen diese Kräfte den Korporatismus, innerhalb dessen „*leistungsgerechte Löhne*“ etc., d.h. die Disziplinierung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, Geltung haben sollen. Das »Gemeinwohl« hat seine Wurzeln in der Soziallehre der katholischen Kirche, dem Versuch, die Arbeiterorganisationen zu integrieren in das imperialistische System, um so die Pläne, Gesetze, Richtlinien usw. zur Zerstörung der erkämpften Errungenschaften der Arbeiterklasse umzusetzen. Das ist „*die Mitte der Gesellschaft*“, der nationale Konsens, der Burgfrieden in Permanenz, in dem die Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen keinen Platz hat. Amira Mohamed Ali, Co-Vorsitzende, verortet BSW entsprechend: „*Ich denke, dass das klassische Parteispektrum von links und rechts nicht mehr greift, weil es heute um verschiedene Ebenen geht. (...) Wir wollen Interessenvertreter für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein, ebenso wie für kleine und mittelständische Unternehmen. Und es gibt auch Großunternehmer, die der Meinung sind, dass wir ein funkti-* ➔

→ *onierendes gerechtes System brauchen, und zwar nicht nur für die oberen Zehntausend, sondern für alle.“ (RND, 16.12.2023)*

Auch hier gilt: wir dürfen die Führung nicht mit der Basis gleichsetzen!

Es wäre falsch, die Führung von BSW mit denen gleichzusetzen, die BSW unterstützen (wollen). Selbst diese Führung ist heterogen. Ehemalige Mitglieder der Partei »Die Linke«, Unternehmer und z.B. der ehemalige SPD-Oberbürgermeister von Düsseldorf, T. Geisel, ehemaliger Treuhandverantwortlicher und da zuständig für die Privatisierung der Chemiekombinate im »Chemiedreieck« der DDR, d.h. der Zerstörung des gesellschaftlichen Eigentums. Jetzt ist dieser Mann Spitzenkandidat des BSW für die Europawahl. Er erklärt am 4. Januar, warum er die SPD verlassen hat: Weil sie sich „*ausgerechnet in Zeiten eines gravierenden Arbeitskräftemangels vom Prinzip des »Fördern und Forderns« ihres ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder verabschiedet*“. Für Geisel ein Problem, denn es stößt „*vor allem bei denen auf Unverständnis, die trotz harter Arbeit gerade mal so über die Runden kommen.*“ Geisel trauert den Hartz-Gesetzen, der brutalen Spaltung derer, die Arbeit haben und denen, die in die Reservearmee geworfen werden, nach. Obwohl die Regierung Scholz »Hartz« umetikettiert als »Bürgergeld« firmieren lässt und verschärft Sanktionen, wie dem kompletten Wegfall der Leistungen für bis zu zwei Monate für die, die „*zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern*“, beschließt.

Die Regierung Scholz ist damit auf einer Linie mit S. Wagenknecht, die im Spiegel (16.11.2023) u.a. erklärte: „*Aber jemand, der jung ist, ja, da finde ich, kann man schon erwarten, dass der sich auch sehr aktiv um Arbeit bemüht (...) Ich würde Menschen verpflichten, dass sie zum Beispiel eine angebotene Qualifizierung machen.*“ Wenn dies abgelehnt werde, „*da ist es dann auch angemessen, dass das entsprechend sanktioniert wird*“.

Gehen wir davon aus, dass viele derjenigen Kräfte, die das BSW unterstützen möchten, keine Befürworter der Zerstörung durch Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums in der ehemaligen DDR waren und sind, gehen wir davon aus, dass sie die verhasste Agendapolitik Schröders bekämpft haben und heute Hartz und »Bürgergeld« und die Drangsalierung Arbeitsloser ebenso. Stellt sich die Frage, was bleibt?

## Antikriegspartei?

Es bleibt oberflächlich betrachtet das BSW als Antikriegspartei, die bei Wahlen Stimmen gegen den Krieg auf sich vereinen mag. Aber im Kern geht es bei BSW

um mehr als den Kampf für Waffenstillstand und Stopp der Waffenexporte: „*Sosehr dieser Krieg zu verurteilen ist, wir brauchen mit Russland wieder bessere Beziehungen. Die Wirtschaftssanktionen schaden vor allem Deutschland, nicht den Russen. (...) Das ist ein Wirtschaftskrieg gegen unser Land, den unsere Regierung aus Blindheit und Dummheit mitträgt.*“ (NZZ, 10.9.2023) Für BSW steht im Zentrum die Sorge, dass der Krieg und die »Wirtschaftssanktionen« der deutschen Wirtschaft schaden. Der Regierung Scholz »Blindheit und Dummheit« zu attestieren negiert die Tatsache, dass sie tatsächlich im Gefolge des US-Imperialismus und seiner strategischen Ausrichtung handelt, die, so die Hoffnung von Scholz, dem deutschen Imperialismus einen neuen »Platz an der Sonne« beschert.

Für die Organisationen des OK war immer klar: Die Sanktionen der imperialistischen Regierungen treffen die Arbeiterklasse in Russland, in der Ukraine und ebenso in den Staaten der EU etc.

Ende des Asylrechts, Abschottung und Abschiebung – die Arbeiterbewegung führte und führt dagegen immer den entschiedenen Kampf

Die »Instruktionen« für die Delegierten des 1. Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation (I. Internationale) verfasste Marx 1866. Darin heißt es: „*Eine der besonderen Funktionen, die unsere Assoziation bis jetzt mit Erfolg ausgeübt hat, ist der Widerstand gegen die Intrigen der Kapitalisten, die stets bereit sind, bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen die Arbeiter fremder Länder als Werkzeuge gegen die Arbeiter ihrer eigenen Länder zu missbrauchen. Es ist eine der großen Aufgaben der Assoziation, zu erreichen, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder sich nicht nur als Brüder und Kameraden der Emanzipationsarmee fühlen, sondern auch als solche handeln.*“ (MEW, Bd. 16, S. 191. Berlin: 1962.) Der Klassenkampf kennt die Arbeiter verschiedener Länder nur als eine »Emanzipationsarmee«!

1907, beim SPD-Parteitag in der Debatte über den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart forderte Karl Liebknecht in einer Rede „*Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!*“ Er berichtet über seine Erfahrungen mit der Ein- und Auswanderung. „*Ich habe viel Gelegenheit, die Misere der Einwanderer in Deutschland und insbesondere ihre Abhängigkeit von der Polizei zu beobachten, und ich weiß, mit welchen Schwierigkeiten diese Leute zu kämpfen haben. Ihre Vogelfreiheit sollte gerade uns deutsche Sozialdemokraten besonders veranlassen, uns mit den Regelungen des Fremdenrechtes, besonders der Beseitigung der Ausweisungsschmach, schleunigst und energisch zu beschäftigen. Es ist ja bekannt, daß die gewerkschaftlich organisierten*

→ *Ausländer mit Vorliebe ausgewiesen werden.*“ Er verweist auf einen Abschnitt des Minimumprogrammes des Kongresses: „*die Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalte im Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen.* (...) Die Kongressresolution fordert also die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande. (...) Das ist die erste Voraussetzung dafür, daß die Ausländer aufhören, die prädestinierten Lohndrücker und Streikbrecher zu sein.“ (K. Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, S. 72-73. Berlin: 1960.)

Im November 1915 schrieb W.I. Lenin an den Sekretär der »Liga für sozialistische Propaganda« in den USA u.a.: „*In unserem Kampf für wahren Internationalismus ... verweisen wir in unserer Presse stets auf die opportunistischen Führer der SP in Amerika, die dafür eintreten, daß die Einwanderung chinesischer und japanischer Arbeiter beschränkt wird (besonders nach dem Stuttgarter Kongreß von 1907 und entgegen seinen Beschlüssen).*

*Wir denken, daß niemand Internationalist sein und zugleich für derartige Beschränkungen eintreten kann.*“ (Lenin Werke, Bd. 21, S. 435. Berlin: 1960.)

Die Positionen von Wagenknecht/BSW stehen in reaktionärer Tradition. Bei n-tv erklärte Wagenknecht am 16.1.2016, „*wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht verwirkt.*“ Der Kandidat für die Wahlen zum Parlament der EU, Geisel, fordert in seinem oben zitierten Brief, die Ablösung des individuellen Grundrechts auf Asyl „*durch ein Einwanderungsrecht, das sich am tatsächlichen Fachkräftebedarf in Deutschland ... orientiert*“. Die Co-Vorsitzende Mohamed Ali erklärt dem RND (16.12.2023) „*Wir brauchen dringend eine Reform des Asylrechts (...) Wir brauchen eine Entbürokratisierung und eine schnellere Rechtssicherheit für die, die bleiben dürfen. Und die, für die das nicht zutrifft, müssen dann auch konsequenter abgeschoben werden.*“ Sie wendet sich gegen ein Bleiberecht für alle und erkennt: „*Auch mit*

*der CDU gibt es Schnittmengen, zum Beispiel in Teilen der Migrationspolitik.*“ Das Programm zur Wahl in der EU regelt dementsprechend: „*Die Asyl- und Prüfverfahren zum Schutzstatus sollten daher an den EU-Außengrenzen oder in Drittländern erfolgen. (...) Wer dort keinen Schutzstatus erhält, hat auch keinen Anspruch auf Zugang zur EU, eine Arbeitserlaubnis oder soziale Leistungen, wie z. B. Bürgergeld, in einem EU-Mitgliedstaat.*“

Bündnis Sahra Wagenknecht: ein zutiefst reaktionäres Vorhaben, das kein ehrlicher Arbeiterkämpfer unterstützen kann

Die, die im Sommer 2015 die Spaltung der IV. Internationale organisiert haben, feiern in ihren Zeitungen Wagenknecht und BSW. „*Hoffnungen und die Suche nach einer politischen Antwort*“ würden sich mit dieser Gründung verbinden. Doch diese Hoffnungen und die Suche werden in eine Sackgasse geleitet: Die »sozialdemokratische« Friedens- und Sozialpolitik der 70er Jahre. In diese Diskussion – politische Perspektiven und Herausbildung des BSW -Programms - wollen sie sich integrieren. Aber es gibt keine »Diskussion« und das Programm ist mit dem »Gründungsmanifest« fixiert. Die, die die Grundsätze der IV. Internationale mit Füßen treten, geißeln Scholzens Vorgabe der »Abschiebung im großen Stil« und die Leistungskürzungen für Flüchtlinge – und schweigen unüberhörbar zu den Positionen des BSW. Nein, BSW ist mitnichten die »Antikriegspartei«, die die Organisatoren der Spaltung in Übernahme der BSW-Positionen versuchen vorzugaukeln. BSW ist ein zutiefst reaktionäres Vorhaben, das kein ehrlicher Arbeiterkämpfer und insbesondere kein Kämpfer, der sich auf die IV. Internationale beruft, unterstützen kann.

Die ISG, die OK-Mitglieder und -Organisationen insgesamt sind bereit zur Eröffnung der Diskussion mit den Kämpfern, die den Grundsätzen der IV. Internationale treu bleiben wollen.

H.-W. Schuster, 16.2.2024

